

IN KÜRZE

Klaus Löwitsch ist tot

MÜNCHEN – Der Schauspieler Klaus Löwitsch (Bild) ist tot. Der 66-jährige, der vor allem durch die ARD-Serie «Peter Strohm» bekannt ist, starb am Morgen gegen 4 Uhr in einer Münchner Klinik an Bauchspeicheldrüsenkrebs. Löwitsch hatte erst vor einer Woche seine Rückkehr ins Filmgeschäft angekündigt. «Ich will wieder ins Fernsehen, denn ich liebe meinen Beruf und habe neue Kraft», sagte er der «Bild»-Zeitung. Der Schauspieler hatte sich zurückgezogen, nachdem er im Juni vergangenen Jahres zu einer Geldstrafe von 14 000 Euro verurteilt wurde. Er hatte nach einer Kneipentour in volltrunkenem Zustand eine Kollagen sexuell genötigt und geschlagen.



Anke Engelke und Harald Schmidt die Jahresbesten

HAMBURG – Anke Engelke ist «TV-Frau des Jahres», Harald Schmidt «TV-Mann des Jahres», wenn es nach einer Jury aus Medienexperten geht, die für die Fernsehzeitschrift «TV Today» die Bestenliste 2002 bestimmt hat. Engelke ist in diesem Jahr für ihre Sat1-Sendung «Ladykracher» mit dem Deutschen Fernsehpreis und dem Deutschen Comedy-Preis ausgezeichnet worden. Ausserdem erhielt sie eine Nominierung für den International Emmy Award. Auf Platz zwei der besten Fernsehstars kamen Shooting-Star Barbara Schöneberger («Blondes Gift», WDR) und Günther Jauch. Auf dem dritten Platz folgen Sandra Maischberger und Manuel Andrack. Vierte wurden Maybrit Illner und Peter Kloeppel, fünfte Heike Makatsch und Michael «Bully» Herbig, sechste Anne Will und Sebastian Koch, siebte Stelle Corinna Harfouch und Dieter Bohlen, achte Sabine Christiansen und Michael Mittermeier, neunte Iris Berben und Heino Ferch, zehnte Felicitas Woll (Serie «Berlin, Berlin») und Oliver Geissen.

Stripperinnen streiken für mehr Geld

SAN FRANCISCO – Die gewerkschaftlich organisierten Angestellten des Striptease-Clubs «Lusty Lady» sind in den Streik getreten. Sie wollen ein besseres Vertragsangebot des Managements erstreiten. Die Tänzerinnen sind die einzige gewerkschaftlich organisierte Besetzung eines Striptease-Clubs in den USA. Sie streiken gegen einen Vertrag, der Lohnkürzungen und eine Streichung des Krankengeldes vorsieht. Die Mitglieder der Exotic Dancers Union, einer Unterorganisation der Internationalen Dienstleistungsgewerkschaft, fordern ferner eine Wiedererhöhung des Stundenlohns auf umgerechnet 27 Euro und einen festen Arbeitsplan mit ausreichend Schichten. «Wir fordern Respekt», sagte Stripperin Vivian bei der Streikkundgebung, zu der die Frauen in rosa T-Shirts mit der Aufschrift «Böse Mädchen wollen gute Verträge» erschienen waren.

23 Frauen im Norden Japans vom Affen gebissen

TOKIO – Ein aggressiver Affe hat in einer Stadt im Norden Japans 23 Frauen gebissen. Etwa ein Dutzend Polizisten und 30 Mitarbeiter der Stadt Suwa seien auf der Suche nach dem Affen, erklärte der stellvertretende Polizeichef, Shigeru Arai. Die Polizei vermutet, dass der Affe nach einer Paarungspartnerin sucht. Die Angriffe begannen am Montag, als der Affe 14 Frauen biss, die Müll vor die Tür stellten oder zur Arbeit gingen. Neun weitere Frauen wurden am Dienstag angegriffen. Die Frauen trugen meist leichte Verletzungen davon.

Alles deutet auf El Kaida hin

Verdacht gegen El Kaida wegen Kenia-Anschlägen erhärtet sich

WASHINGTON – Vier Tage nach den Anschlägen in Kenia hat sich der Verdacht gegen das Terrornetzwerk El Kaida erhärtet. Wie amerikanische Anti-Terrorexperten mitteilten, tauchte auf einer islamistischen Internetseite eine glaubwürdige Bekennerbotschaft auf.

Auch neue Erkenntnisse über die Herkunft der beim Beschuss einer israelischen Chartermaschine verwendeten Raketenwerfer deuteten darauf hin, dass die El Kaida hinter den Anschlägen vom Donnerstag stehe, hiess es gestern in Washington. Auf der Internetseite www.azfalrasas.com bekannte sich eine Gruppe zu den Taten, die sich «Politisches Büro der El-Kaida-Dschihad-Organisation» nennt. In der fünf Seiten langen Botschaft wird der Bombenanschlag auf ein von vielen Israelis besuchtes Hotel und der Raketenbeschuss des israelischen Flugzeugs als «Ramadan-Gruss für das palästinensische Volk» bezeichnet. Ausserdem nahmen die Verfasser Bezug auf die Anschläge auf die US-Botschaften in Tansania und Kenia 1998: «Die



Nach den Anschlägen in Mombasa hat sich der Verdacht gegen das Terrornetzwerk El Kaida erhärtet.

Kämpfer der El Kaida sind an denselben Ort wie vor vier Jahren zurückgekehrt und haben die feindliche Koalition erneut schwer getroffen.» Die neuen Anschläge bewiesen, dass es den USA und ihren Verbündeten nicht gelungen

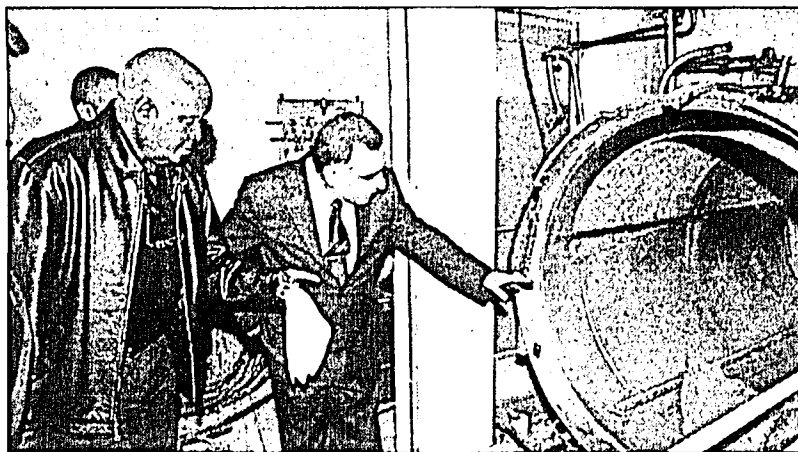
sei, die El Kaida zu zerschlagen. Unmittelbar nach den Anschlägen, bei denen insgesamt 16 Menschen getötet wurden, hatte sich dazu bereits die bislang unbekannte Organisation «Exilregierung für ganz Palästina, Streitmacht Palä-

stinias» bekannt. Militante palästinensische Organisationen distanzieren sich am Dienstag von der Botschaft und erklärten, sie hätten kein Interesse daran, den Konflikt mit Israel auf Gebiete ausserhalb der Region auszudehnen.

Saddams Präsidentenpalast erstmals inspiziert

IAEA kündigt erste Ergebnisse für Ende Januar an

BAGDAD – Erstmals haben die Waffeninspektoren der Vereinten Nationen in Irak am Dienstag einen Palast von Staatschef Saddam Hussein kontrolliert. Sie trafen unangemeldet aus zwei Richtungen in El Sadschud im Westen von Bagdad ein, um dort nach Hinweisen auf Massenvernichtungswaffen zu suchen.



UN-Waffeninspektoren kontrollierten Einrichtungen in Saddams Palast.

Nach kurzer Verzögerung wurden sie eingelassen. Im Gegensatz zu US-Präsident George W. Bush äusserte sich UN-Generalsekretär Kofi Annan unterdessen positiv über den Verlauf der bisherigen Kontrollen. Nach kurzer Rücksprache mit Vorgesetzten über Funk öffneten die Wachen zwei Tore zu dem Palast am Tigris und liessen mindestens sechs UN-Fahrzeuge passie-

ren. Sie schienen auf einen Besuch der Inspektoren vorbereitet zu sein, lediglich der Zeitpunkt kam offenbar überraschend. In El Sadschud befinden sich sowohl Wohn- als auch Büroräume des Präsidenten.

Ob sich Saddam Hussein am Dienstag dort aufhielt, war nicht bekannt. Wenige Minuten nach den Kontrolleuren traf Saddam Husseins Sekretär Abid Hamud am Palast ein. Die Inspektoren verlies-

sen den Komplex nach etwa einer Stunde wieder, ohne eine Stellungnahme abzugeben. Der für die Zusammenarbeit mit den UN zuständige irakische General Husan Mohammed erklärte, die Kontrolleure seien mit der Kooperation der irakischen Seite zufrieden gewesen. Anschliessend wurden mehrere Dutzend wartende Journalisten kurzzeitig in die Eingangshalle des Hauptgebäudes vorgelassen. Die Frage des Zugangs zu den Präsidentenpalästen war eine der strittigsten in den Verhandlungen zwischen Irak und den Vereinten Nationen zur Vorbereitung der Rüstungskontrollen. Eine Einigung darüber wurde erst in persönlichen Gesprächen zwischen Saddam Hussein und UN-Generalsekretär Annan erzielt.

Untersuchungsausschuss verzögert sich

Koalition will Zulässigkeit prüfen – Heftiger Schlagabtausch in Haushaltsdebatte

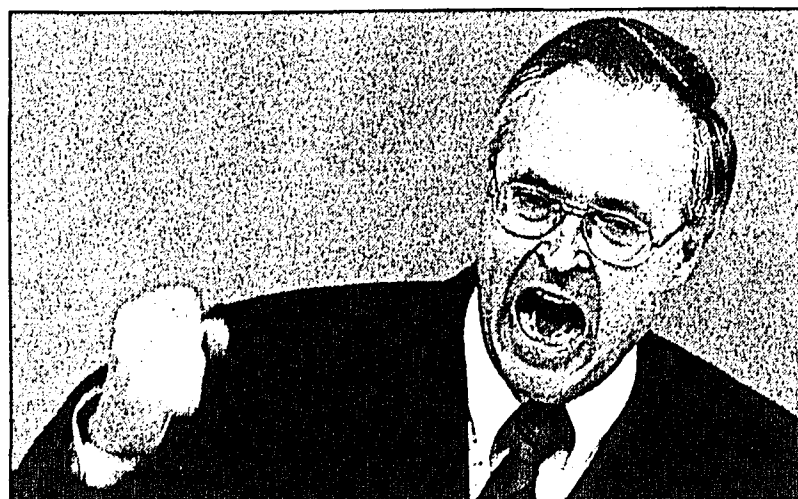
BERLIN – Die Einsetzung des von der Union geplanten Untersuchungsausschusses zum Thema «Wahlbetrug» verzögert sich.

Die Koalition will im Geschäftsausschuss des Bundestages zunächst die Verfassungsmässigkeit des Gremiums prüfen lassen, wie SPD-Fraktionschef Franz Müntefering am Dienstag ankündigte. Damit ist der Plan der Union hinfällig, den Ausschuss schon nächsten Donnerstag vom Parlament beschliessen zu lassen. In der Haushaltsdebatte warfen sich Regierung und Opposition gegenseitig Wahlbetrug vor.

In dem Ausschuss will die Unionsfraktion nach Angaben ihres Geschäftsführers Volker Kauder klären lassen, ob Mitglieder der Bundesregierung in der Haushalts-

sondersitzung knapp eine Woche vor der Bundestagswahl vorsätzlich gelogen haben. Die FDP-Fraktion entscheidet nach den Worten ihres Vorsitzenden Wolfgang Ger-

hardt am Mittwoch auf einer Sondersitzung, ob sie sich dem Antrag anschliesst. Das Verhalten der Bundesregierung dürfe nicht ungestraft bleiben, sagte Gerhardt.



Ein kämpferischer Finanzminister Hans Eichel wies die Anschuldigung zurück, er habe das Ausmass der Finanzkrise vor der Wahl verschwiegen.

Die Union rechnet trotz der geplanten Überweisung ihres Antrages in den Geschäftsordnungsausschuss mit einer baldigen Entscheidung.

Der Streit um den Ausschuss prägte auch den Auftakt der dreitägigen Etatberatungen im Bundestag. Wegen «Tricksen, Schwindeln und Täuschen» forderte die Union Finanzminister Hans Eichel zum Rücktritt auf. Der Sozialdemokrat wies die Anschuldigung zurück, er habe das Ausmass der Finanzkrise vor der Wahl absichtlich verschwiegen und sogar schön geredet. «Da lasse ich mir von Ihnen keinen einschenken.» SPD und Grüne sprachen dem Minister das Vertrauen aus. Dem Untersuchungsausschuss sehe er nicht nur gelassen entgegen: «Ich freu' mich drauf», unterstrich Eichel.